

Stephan Raabe	Leiter Außenstelle Polen
---------------	-----------------------------



Was nun Europa?

Eine Warschauer Diskussion mit Elmar Brok und die Haltung der bürgerlichen Parteien PO und PiS in Polen.

14. Juni 2005

☎: 0048-22-8453894

Der EU-Verfassungsvertrag: tot oder lebendig?

PO: Definitives Ende des EU-Verfassungsvertrages!

Elmar Brok: Der EU-Verfassungsvertrag ist nicht tot!

Lech Kaczynski: Nizza ist eine gute Grundlage!

Auf einer Konferenz des polnischen Institutes für Öffentliche Angelegenheiten und der KAS in Warschau stellte **Elmar Brok**, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des EU-Parlaments, klar, dass der EU-Verfassungsvertrag längst noch nicht abgeschlossen werden könne. Er widersprach damit dem Außenpolitischen Sprecher der Bürgerplattform (PO), **Bronisław Komorowski**, der sagte, die Referenden in Frankreich und den Niederlanden hätten der Verfassung ein definitives Ende bereitet. Komorowski betonte allerdings auch, dass eine Vertiefung der Union im klaren Interesse Polens liege. Beide Politiker traten für ein Moratorium ein, welches Zeit zum neuen Nachdenken und Erklären bringe.

Brok erinnerte in Warschau daran, dass der Verfassungsvertrag mit dem ausdrücklichen Ziel erarbeitet worden sei, die auf 25 Staaten erweiterte EU handlungsfähiger zu machen. Insofern sei er eine Grundlage für die Erweiterung. Deutschland sei nicht bereit, für eine bessere Zollunion zu zahlen. Dagegen verwies der Europaabgeordnete **Konrad Szymański** von der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) auf den Nizza-Vertrag als ausreichende Basis.

Die PO und der Verfassungsvertrag: Gefangene alter Parolen?

In der Diskussion trat die unterschiedliche Einschätzung und Bewertung des Verfassungsvertrages klar zu Tage. Während PiS den Vertrag eindeutig ablehnt laviert die PO in dieser Frage jedoch herum: einerseits spricht sie sich für eine Vertiefung der politischen Union aus, andererseits will sie den Verfassungsvertrag möglichst schnell zu den Akten gelegt wissen. Auf die Frage, ob dies nicht ein Widerspruch sei, erklärte Komorowski, die PO lehne ja die Vorlage gar nicht ab, dies hätten die Franzosen und Niederländer getan, was im Übrigen kein Drama, aber auch kein Grund zur Schadenfreude sei. Jetzt müsse eben neu verhandelt werden. Offensichtlich ist den meistens in der PO der Vertrag von Nizza eben doch lieber als der Verfassungsvertrag. Hoffentlich unterschätzt man dabei nicht die Fliehkräfte, die sich in der europäischen Krise entwickeln können – nicht unbedingt zum Vorteil Polens. Intern wird die Haltung der PO auch mit der innenpolitischen Wahlkampfsituation begründet. Bisher macht sie hier jedoch mit ihren verschwommenen europapolitischen Vorstellungen keine Punkte. Eine Strategie, mit der sich die PO als konstruktive pro-europäische Kraft der politischen Mitte innen- und europapolitisch klar positionierte, wäre einer ernsthaften Überlegung gerade auch im Wahlkampf wert. Dies könnte sie etwa dadurch erreichen, indem sie die vielen Vorteile des Verfassungsvertrages für Polen herausstellte, offensiv für ein Referendum einträte und sich als Partei und das von ihr regierte Polen insgesamt als tragende Säule der erweiterten Union profilierte. Damit würde die PO ein klares politisches Unterscheidungskriterium zu den Parteien auf der rechten Seite des politischen Spektrums setzen, vor allem zum Hauptkonkurrenten PiS, pro-europäische Wähler aus dem liberalen Bereich anziehen und die Meinungsführerschaft in einem wichtigen Bereich übernehmen. Da gerade bei der Wählerschaft der PO die Umfragewerte zur Mitgliedschaft in der EU und zum Verfassungsvertrag bisher sehr positiv waren, läge eine solche Strategie gar nicht so fern. Wahrscheinlich sind aber die wichtigsten Parteiführer der PO in dieser Frage noch immer gefangene oder Anhänger der Parole „Nizza oder der Tod“. Im Moment fühlen sie sich durch den negativen Ausgang der Referenden bestätigt. Was aber, wenn mit Nizza ein langsames Siechtum der EU der 25 Staaten einsetzte?

Lech Kaczyński: Nizza ist eine gute Grundlage, eine Verfassung erst später.

Bei einem internen Gespräch betonte der führende Präsidentschaftskandidat und Stadtpräsident von Warschau, **Lech Kaczyński** (PiS), die europafreundliche Einstel-

lung der kommenden Regierungsparteien PiS und PO. Der Erfolg des EU-Beitritts sei größer als erwartet. Er selber habe auch eine viel positivere Einstellung zur Arbeit des Europäischen Parlaments gewonnen. Allerdings lehne die PiS den Verfassungsvertrag ab, der für Polen zu früh zu viel Vereinigung und Regulierung bringe. Die EU funktioniere auch auf der Grundlage des Vertrages von Nizza. Der potentielle Koalitionspartner PO habe diesbezüglich eine sehr ähnliche Auffassung, erklärte Kaczynski mit Hinweis auf den PO-Politiker **Saryusz-Wolski**.

Die PiS befürworte eine Europäische Verfassung, aber erst später und als Grundlage eines Staatenbundes. Solange es noch keine europäische Identität und Öffentlichkeit gebe, sei es für eine Verfassung jedoch zu früh. Polen wolle seine vor noch nicht so langer Zeit gewonnene Freiheit und Unabhängigkeit bewahren und sich nicht einer Art von europäischer Gemeinschaftsideologie unterwerfen. Bei dem Treffen wurde ein europapolitisches Fachgespräch zur Klärung der unterschiedlichen Sichtweisen und der auf den Verfassungsvertrag bezogenen Befürchtungen in Erwägung gezogen.

Die Europa-Diskussion, an der ein politisches Fachpublikum von gut 100 Personen teilnahm, und die Äußerungen von Elmar Brok fanden einen guten Widerhall in den polnischen Medien. Die beiden großen Tageszeitungen Gazeta Wyborcza und Rzeczpospolita berichteten ebenso wie der Nachrichten-Fernsehsender tvn. Die Beiträge aus der GW und RZ sind in beiliegender Pressedokumentation in deutscher Übersetzung nachlesbar.

Gazeta Wyborcza, 14.06.2005, Seite 9 von KONRAD NIKLEWICZ

Europäische Politik der PO: „Nein“ zur Verfassung

„Die Ablehnung des europäischen Verfassungsvertrags durch die Franzosen und die Niederländer bereitet diesem definitiv ein Ende. Polen muss deshalb darüber nicht in einem Referendum abstimmen lassen. Wir brauchen eine andere Idee zur Festigung der europäischen Integration“, erklärt einer der Vorstandsmitglieder der Bürgerplattform.

Bronisław Komorowski (PO) war einer der Teilnehmer der Debatte „Was soll aus Europa werden“, die am Montag vom Institut für Öffentliches organisiert wurde. Die Diskussion konzentrierte sich auf das weitere Schicksal des EU-Verfassungsvertrages, der in den Referenden von Frankreich und Holland abgelehnt wurde. Laut Komo-

rowski bedeuten diese Abstimmungsergebnisse, dass der Vertrag keine Gültigkeit bekommen wird. Polen sollte sich nicht weiter darüber den Kopf zerbrechen. „Der Verfassungsvertrag ist nicht der einzige Beitrag zur Festigung der europäischen Integration“, sagte Komorowski. Seiner Ansicht nach sei es besser, den geltenden Nizza-Vertrag umzuarbeiten und ihm einige Teile des Verfassungsvertrags hinzuzufügen (zum Beispiel die gemeinsame Verteidigungspolitik und die gemeinsame Außenpolitik).

Einen Nachruf lieferte **Konrad Szymański**, Abgeordneter im Europaparlament auf der Liste der PiS. Er meinte, dass eine weitere Diskussion über den Verfassungsvertrag zu nichts führen werde. Der Vertrag sei ein für niemanden sinnvoller Kompromiss gewesen.

Die übrigen Teilnehmer der Debatte kritisierten diesen Standpunkt. „Ich sehe nicht ein, dass uns die Franzosen vorschreiben, was wir zu tun haben. Das Recht den Vertrag abzulehnen gestehe ich ihnen allerdings zu“, sagte Prof. **Zdzisław Najder**. Kritisch gegenüber der Einstellung der polnischen Rechten äußerte sich auch **Elmar Brok**, einer der führenden Mitglieder der CDU. Ironischerweise wollen Bürgerplattform und PiS gerade mit den deutschen Christdemokraten ein neues Europa aufbauen. „Es ist zu früh zu sagen, dass der Vertrag gescheitert ist. Er wurde schon von 11 Staaten ratifiziert“, erinnerte Brok. Der deutsche Politiker kritisierte auch den Vorschlag des Europaabgeordneten Szymański, dass die EU – nach der Niederlage der europäischen Verfassung – nun „zu ihrer Basis zurückkehren“ sollte, was heißen solle, sich auf die wirtschaftliche Gemeinschaft zu beschränken. „Deutschland hat nicht vor für eine Zollunion zu bezahlen“, kommentierte Brok.

Übersetzung KAS Warschau: Sylvia Wackernagel

Rzeczpospolita, 14.06.2005, Politikteil, Seite 6 (mit Bild von Elmar Brok)

**Speziell für die „Rz“
Elmar Brok, Chef des Auswärtigen Ausschusses
des Europäischen Parlamentes:**

Man braucht Zeit.

Ich erwarte, dass während des kommenden Gipfels der Staatschefs der "25" über die Verlängerung der Periode entschieden wird, in der die Verfassung ratifiziert werden soll. Bisher ist festgelegt, dass der Prozess der Ratifizierung im Oktober des nächsten Jahres beendet sein muss. Jetzt ist dieser Termin nicht mehr real. In Frankreich ist die Wiederholung der Abstimmung vor den Wahlen im Jahr 2007 nicht möglich. Mehr Zeit braucht auch Holland. Und in vielen anderen Ländern bricht die Unterstützung für den Vertrag weg. Wir sollten auf die Verfassungsfrage später zurückkommen, wenn die Atmosphäre anders sein wird.

Interview mit Elmar Brock von Jędrzej Bielecki, Rzeczpospolita, 14.06.2005, Wirtschaftsteil, Seite 2 (mit Bild und Hinweis auf S. 1)

„Die Union muss zeigen, dass sie handeln kann“

Rzeczpospolita: Werden sich die Regierungschefs der „25“ Länder am Ende dieser Woche auf einen neuen siebenjährigen Haushalt verständigen?

Elmar Brok: Es ist höchstwahrscheinlich. Warten bringt nichts. In einem Jahr werden wir dieselben Probleme vor uns haben. Eine wichtige Bedeutung hat auch die politische Krise, die wir jetzt aufgrund des „Neins“ zur EU-Verfassung in Frankreich und Holland haben. Die Union muss jetzt zeigen, dass sie handeln kann.

RZ: Und wenn es doch zu der Verständigung nicht kommt?

EB: Dann erwartet uns ein Jahr der Paralyse. Und das kann keine Organisation durchstehen. Während des Vorsitzes von Großbritannien in der Union wird es nicht zu einer Verständigung kommen, denn als Verteidiger seiner eigenen Vergünstigung bei den EU-Beiträgen, kann London nicht die Rolle eines neutralen Vermittlers bei den Verhandlungen übernehmen. Wir werden uns deswegen auch in der aktuellen Gesetzgebung nicht verständigen können. Denn niemand wird einen Kompromiss in kleinen Sachen abschließen wollen, wenn er bei den wichtigsten Fragen nicht möglich ist.

RZ: Der polnische Premier versteckt seine Zufriedenheit mit dem Kompromissvorschlag des Haushalts nicht. Wird Polen aus der Verfassungskrise Vorteile ziehen?

EB: Ganz bestimmt. Ich sage schon seit längerer Zeit, dass Polen aus der Integration besonderen Nutzen ziehen wird.

RZ: Außer des Chefs der polnischen Regierung hat nur noch der Kanzler Deutschlands gesagt, dass er zufrieden mit dem Kompromiss ist. Ist es zwischen ihnen zu einer geheimen Verständigung gekommen?

EB: Ich denke nicht. Wir sind einfach nahe an einer Verständigung. Aber Deutsche und Polen wollen wahrscheinlich die Engländer und Franzose beeinflussen, damit sie sich auf einen Kompromiss einlassen. Es kann auch sein, dass Kanzler Schröder und Premier Belka ein größeres Pflichtgefühl für das Schicksal der EU haben, weil sie wissen, dass sie im nächsten Jahr nicht mehr an der Macht sein werden.

RZ: Es sieht so aus, dass das größte Hindernis bei der Verständigung die Ablehnung Großbritanniens ist, auch nur auf die kleinste Vergünstigung bei den EU-Beiträgen zu verzichten.

EB: In Großbritannien geht es mehr um den innenpolitischen Kampf als um die Stelle des Staats in der Weltpolitik. Es ist ein Problem der Rivalität zwischen Tony Blair und seinem Finanzminister Gordon Brown. Aber dies ist eine häufige Situation in der Politik. Es war so während der Zeit der Verhandlungen um die EU-Verfassung z.B. in Polen. Eine wichtigere Bedeutung hatte da die Tatsache, wie die Menschen die Verfassung beurteilt haben, als der Inhalt des Textes an sich.

RZ: Haben Sie Angst um das Euro-Schicksal, wenn es zu einem Fehlschlag des EU-Gipfels in Brüssel kommt? Die gemeinsame Währung wird immer schwächer seit ein paar Wochen.

EB: Der Euro ist nicht in Gefahr zu scheitern, weil er ein großer Erfolg ist, den alle brauchen. Es kann vielleicht noch etwas schwächer werden, aber das ist nicht schlecht für unseren Außenhandel.

RZ: Die Verständigung der Führer der „25“ Staaten muss noch durch das Europäische Parlament bestätigt werden. Wird das Probleme machen?

EB: Wir stellen uns etwas anders die Verständigung vor als die Luxemburger. Wir sind der Meinung, dass es mehr Mittel für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft geben sollte. Doch wir werden die Verständigung nicht blockieren.

Übersetzung KAS Warschau: Anna Wiecka